

05.06.2025

Versicherungsmathematisches Gutachten
über
Verpflichtungen und Ansprüche
aus dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag

der
Freien und Hansestadt Hamburg

nach den VV Bilanzierung vom 29.12.2014

zum Stichtag 31.12.2024

Freie und Hansestadt Hamburg
05.06.2025

/ 2

I. Auftrag

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) hat uns beauftragt, die Rückstellungen und Forderungen zum Bilanzstichtag 31.12.2024 gemäß den Verwaltungsvorschriften Bilanzierung vom 29.12.2014 für die noch offenen Abfindungsverpflichtungen und -ansprüche für Schwebefälle aus Dienstherrnwechseln gemäß § 11 des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrags zu ermitteln.

Zusätzlich wurden die Rückstellungen und Forderungen für die Stichtage 31.12.2025 bis 31.12.2029 prognostiziert.

II. Leistungsgrundsätze und Unterlagen

Für Beamtinnen und Beamte, die in den Jahren 1994 bis 2010 von einem Dienstherrn außerhalb des Anwendungsbereichs des Hamburgischen Rechts zur FHH versetzt wurden oder die in den Jahren 1990 bis 2010 von der FHH zu einem anderen Dienstherrn außerhalb des Anwendungsbereichs des Hamburgischen Rechts versetzt wurden, und bei denen der Versorgungsfall zum Bilanzstichtag noch nicht eingetreten ist (sogenannte Schwebefälle), bestehen unter gewissen weiteren Voraussetzungen Abfindungsverpflichtungen bzw. Abfindungsansprüche gemäß § 11 des Staatsvertrags über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrnwechseln (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag, VLT-StV), die erst bei Eintritt des Versorgungsfalls fällig sind. Die relevanten Regelungen sind im Anhang zu diesem Gutachten beschrieben.

Zur Ermittlung des Umfangs der Verpflichtungen und Ansprüche gemäß § 11 VLT-StV stellte die FHH uns Daten zu Versetzungen in den Jahren 2004 bis 2010 sowie die Anzahlen und Summen der in den Jahren 2020 bis 2024 gezahlten und erhaltenen Abfindungen für Schwebefälle zur Verfügung.

Freie und Hansestadt Hamburg
05.06.2025

/ 3

III. Berechnungsgrundsätze und Rechnungsgrundlagen

a) Rückstellungen und Forderungen gemäß Verwaltungsvorschriften Bilanzierung

Gemäß Nummer 3.3.3.1 der Verwaltungsvorschriften zu § 4 Absatz 1 Sätze 1 und 2, Satz 3 Nummern 3 und 4, Satz 4 sowie Absatz 2, § 77 Absätze 1 und 4 sowie § 79 Absätze 1 bis 3 LHO, Artikel 40 § 5 Absätze 3 bis 6 SNH-Gesetz (VV Bilanzierung) in der für das Haushaltsjahr 2024 anzuwendenden Fassung ist für die Verpflichtung zur Zahlung von Pensionsverpflichtungen eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten zu bilden. Des Weiteren ist für die Rückstellungs- und Prognoseberechnung der Pensionsverpflichtungen Nummer 3.3.3.2 der VV Bilanzierung maßgeblich. Demnach sind die Abfindungsverpflichtungen gemäß § 11 VLT-StV in die Berechnung der Pensionsrückstellungen einzubeziehen, und die Abfindungsansprüche gemäß § 11 VLT-StV als Forderungen gegen den öffentlichen Bereich in Höhe des Barwerts der Erstattungsverpflichtung des abgebenden Dienstherrn zu aktivieren.

b) Bewertungsannahmen

Die Bewertungsannahmen zum 31.12.2024 wurden in Abstimmung mit der FHH entsprechend den Regelungen der VV Bilanzierung bestimmt.

Rechnungszins	6,00 % p.a.
Biometrie	modifizierte <i>Richttafeln 2005 G</i> von Klaus Heubeck
Fluktuation	keine Fluktuation
Pensionierungsalter	frühestmöglich nach HmbBG
Bewertungsverfahren	<i>modifiziertes Teilwertverfahren</i> nach Engbroks

Der der Bewertung zugrunde liegende Rechnungszins beträgt gemäß Nummer 3.3.3.2 der VV Bilanzierung 6 % p.a.

Freie und Hansestadt Hamburg
 05.06.2025

/ 4

Die biometrischen Rechnungsgrundlagen bezüglich Sterblichkeit und Invalidität wurden mit dem Auftraggeber abgestimmt und festgelegt. Die Bewertung erfolgt auf der Grundlage des Ausscheidemodells der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck mit den in unserem Gutachten vom 07.11.2017 hergeleiteten Modifikationen, die in der nachfolgenden Tabelle dargestellt sind, soweit sie für die Bewertung von Abfindungsverpflichtungen und -ansprüchen relevant sind.

Rechnungsgrundlage	Beamtenversorgung
Allgemeine Anpassung des Sterblichkeitsniveaus	20 Jahre Generationenverschiebung
Sterblichkeit von Aktiven	keine zusätzliche Anpassung
Invalidisierungs- wahrscheinlichkeit	Halbierung für Männer
Wahrscheinlichkeit, bei Tod eine Witwe bzw. einen Witwer zu hinterlassen	keine Anpassung

Zur Berücksichtigung der im Vergleich zu den Richttafeln 2005 G höheren Lebenserwartung insbesondere der Beamtinnen und Beamten wird eine Generationenverschiebung berücksichtigt. Dabei wird ausgenutzt, dass die für eine Person anzusetzenden Sterbewahrscheinlichkeiten der Richttafeln 2005 G nicht nur von Geschlecht und Alter, sondern auch vom Geburtsjahrgang abhängig sind. Erhöht man bei gleichem Geschlecht und Alter den Geburtsjahrgang, so ergeben sich aufgrund der in den Richttafeln berücksichtigten Verlängerung der Lebenserwartung geringere Sterbewahrscheinlichkeiten. Bei einer Erhöhung des Geburtsjahrgangs um 20 Jahre würde beispielsweise für einen Pensionär des Jahrgangs 1960, der im Jahr 2025 das 65. Lebensjahr vollendet, als Sterbewahrscheinlichkeit für das Jahr 2025 die Sterbewahrscheinlichkeit eines 65-Jährigen des Jahrgangs 1980 angesetzt.

Freie und Hansestadt Hamburg
05.06.2025

/ 5

Aufgrund der Bestandszusammensetzung bzw. aufgrund in der Vergangenheit nur geringer fluktuationsbedingter Bestandsveränderungen wird eine Fluktuation gänzlich außer Acht gelassen. Insbesondere werden damit keine vorzeitigen Fälligkeiten von Abfindungen gemäß § 12 VLT-StV berücksichtigt. Diese Vorgehensweise erscheint auch aus aktuarieller Sicht vertretbar.

Als versicherungsmathematisches Bewertungsverfahren für Versorgungsanwartschaften wurde in Einklang mit Teilziffer 5.7.2.1. SsD ein Teilwertverfahren, vorliegend das modifizierte Teilwertverfahren nach Engbroks (vgl. Blätter der DGVFM, Volume 19, Nummer 2, Springer 1989) verwendet. Da die Abfindungsansprüche und -verpflichtungen ausschließlich auf den Dienstzeiten vor der Versetzung beruhen, entspricht der modifizierte Teilwert der Abfindungsansprüche und -verpflichtungen dem Barwert.

Als Pensionierungsalter wurde auftragsgemäß das Alter der frühestmöglichen Inanspruchnahme von Altersrente festgelegt. Das entspricht bei den Beamten (außer Polizeivollzug, Feuerwehr, Strafvollzug) der Antragsaltersgrenze nach § 36 Hamburgisches Beamtengesetz (HmbBG) vom 15.12.2009 und bei Beamten aus den Bereichen Polizeivollzug, Feuerwehr, Strafvollzug der Altersgrenze entsprechend § 108 HmbBG.

Freie und Hansestadt Hamburg
05.06.2025

/ 6

b.1) Abfindungsverpflichtungen und -ansprüche

Die Bewertungsannahmen zum 31.12.2024 wurden in Abstimmung mit der FHH entsprechend den Regelungen der VV Bilanzierung bestimmt.

Gemäß § 11 Abs. 4 VLT-StV sind die auf Basis der zum 31.12.2010 maßgeblichen Bezüge ermittelten Abfindungsbeträge vom 01.01.2011 bis zur Fälligkeit bei Eintritt des Versorgungsfalles mit 4,5 % Zins ohne Zinseszins zu verzinsen. Im Übrigen ist bei der Bewertung keine Dynamik zu berücksichtigen.

b.3) Prognosebewertung für die Jahre 2025 bis 2029

Rechnungszins	6,00 % p.a.	
Biometrische Rechnungsgrundlagen	modifizierte Richttafeln 2005 G wie bei Stichtagsbewertung	
Fluktuation	keine	
frühest mögliches Pensionierungsalter	nach HmbBG	
Anteil der frühest möglichen Pensionierungen	100 % 70 % 55 %	Vollzug Lehrkräfte Übrige
versicherungs-mathematisches Bewertungsverfahren	modifiziertes Teilwertverfahren nach Engbroks	

Die die Entwicklung des Bestandes betreffenden Annahmen insbesondere zu Sterblichkeit, Invalidität und Pensionierungsalter werden zum einen zur Fortschreibung der relevanten Größen von einem Jahr zum nächsten und zum anderen als Bewertungsannahme für die Stichtagsbewertungen in den einzelnen Prognosejahren angesetzt.

Die Stichtagsbewertungen im Prognosezeitraum und die Fortschreibung des Bestandes von einem Prognosejahr zum nächsten erfolgen auf der Grundlage des Ausscheidemodells der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck unter Berücksichtigung der unter III.b) beschriebenen

Freie und Hansestadt Hamburg
05.06.2025

/ 7

Modifikationen. Die einzigen Ausscheideursachen aus dem Bestand sind der Eintritt von Invalidität, das Erreichen des unterstellten Pensionierungsalters und Tod. Ein fluktuationsbedingtes Ausscheiden wird nicht unterstellt. Zugänge sind nicht zu berücksichtigen, da es seit Inkrafttreten des VLT-StV zum 01.01.2011 keine neuen Schwebefälle mehr geben kann.

Die Pensionierungsalter wurden auftragsgemäß entsprechend den Ergebnissen des Gutachtens vom 07.11.2017 festgelegt. Es wird angenommen, das nur ein Teil der Aktiven mit Erreichen der Antragsaltersgrenze pensioniert wird, und die übrigen Aktiven bis zum Erreichen der jeweiligen Regelaltersgrenze aktiv bleiben, soweit sie nicht durch Tod oder Invalidität ausscheiden.

IV. Berechnungsergebnisse

Für die in diesem Gutachten bewerteten Abfindungsverpflichtungen und -ansprüche gemäß § 11 VLT-StV haben sich zum Bilanzstichtag 31.12.2024 folgende Summen ergeben:

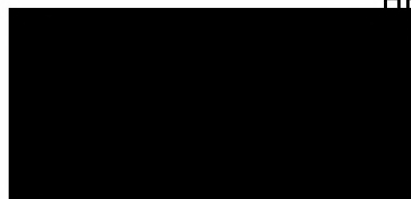
Rückstellung für Abfindungsverpflichtungen	67.036 Tsd. EUR
Forderung aus Abfindungsansprüchen	106.100 Tsd. EUR

Köln, den 05.06.2025

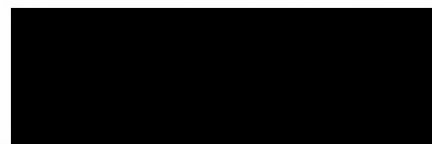
Anlagen



HEUBECK AG



*Diplom-Wirtschaftsmathematiker
Aktuar DAV/Sachverständiger IVS*



Wirtschaftsmathematiker (M. Sc.)

Freie und Hansestadt Hamburg
05.06.2025

/ 8

Hinweise zu diesem Dokument

Dieses Dokument wurde vom Auftragnehmer auf der Grundlage des vorstehend beschriebenen Auftrags und der genannten Unterlagen und Daten (nachfolgend: zugrunde gelegte Annahmen) angefertigt. Sofern die diesem Dokument zugrunde gelegten Annahmen unzutreffend sein oder sich diesbezüglich Änderungen ergeben sollten, kann sich dies auf das Ergebnis auswirken. Der Auftragnehmer übernimmt keine Haftung für evtl. entstehende Schäden auf Grund fehlerhaft oder unvollständig übermittelter Angaben durch den Auftraggeber.

Ohne gesonderten Auftrag ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, dieses Dokument auf Grund einer Änderung der zugrunde gelegten Annahmen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Dieses Dokument hat der Auftragnehmer ausschließlich für den Auftraggeber im Rahmen der mit diesem getroffenen vertraglichen Vereinbarungen erstellt. Es ist mit Ausnahme der vertragsgemäßen Verwendung für Zwecke des Auftraggebers (beispielsweise Vorlage bei Abschlussprüfer oder Finanz- und Aufsichtsbehörde) nicht zur Weitergabe an Dritte bestimmt. Eine Verwendung des Dokuments gegenüber Dritten darf nicht ohne ausdrückliche Einwilligung des Auftragnehmers erfolgen; gleiches gilt auch für die Zurverfügungstellung in Auszügen. Das Dokument ist vertraulich zu behandeln und daher auch nicht als Entscheidungsgrundlage für Dritte gedacht. Sofern der Auftragnehmer nicht im Vorhinein Dritten gegenüber schriftlich etwas Abweichendes bestätigt hat, übernimmt der Auftragnehmer gegenüber Dritten keinerlei Verpflichtungen, Verantwortung oder Sorgfaltspflichten (keine Dritthaftung).

Beschreibung der Abfindungsregelungen

Die Abfindungsverpflichtungen und -ansprüche beruhen auf § 11 des Staatsvertrags über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag, VLT-StV).

Die Abfindungsverpflichtungen und -ansprüche bestehen bei länderübergreifenden Dienstherrenwechseln, bei denen vor dem 01.01.2011 Erstattungsverpflichtungen gemäß § 107b des Beamtenversorgungsgesetz des Bundes (BeamtVG) begründet wurden, und der Versorgungsfall zum 01.01.2011 noch nicht eingetreten war. Für die Berechnung der Abfindungen sind grundsätzlich die Regelungen der §§ 1 bis 6 des VLT-StV anzuwenden, soweit § 11 VLT-StV keine abweichenden Regelungen enthält. Insbesondere gilt somit:

- Die Versorgungslastenteilung erfolgt durch Zahlung einer Abfindung.
- Die Abfindung ist das Produkt aus den Bezügen, den in vollen Monaten ausgedrückten Dienstzeiten und einem Bemessungssatz.
- Der Bemessungssatz ist vom Alter der wechselnden Person zum Zeitpunkt des Ausscheidens beim abgebenden Dienstherrn abhängig und beträgt
 - 1. bis Vollendung des 30. Lebensjahrs: 15 %
 - 2. bis Vollendung des 50. Lebensjahrs: 20 %
 - 3. nach Vollendung des 50. Lebensjahrs: 25 %
- Bei Professorinnen und Professoren beträgt der Bemessungssatz unabhängig vom Lebensalter 25 %.
- Bezüge sind die monatlichen ruhegehaltfähigen Bezüge einschließlich Sonderzahlung (ggf. umgerechnet in einem Monatsbetrag) ohne Berücksichtigung von Minstdienst- oder Bezugszeiten.
- Die Bezüge sind vom Ausscheiden bis zum 01.01.2011 entsprechend den linearen Anpassungen beim zahlungspflichtigen Dienstherrn zu dynamisieren.
- Dienstzeiten sind die Zeiten, die beim abgebenden Dienstherrn in einem Beamten-, Soldaten- oder Richterverhältnis zurückgelegt wurden, soweit sie ruhegehaltfähig sind.

Freie und Hansestadt Hamburg
05.06.2025

Anlage 1/2

Ausgenommen sind Zeiten im Beamtenverhältnis auf Widerruf sowie Zeiten, für die eine Nachversicherung durchgeführt wurde.

- Dienstzeiten bei weiteren Dienstherrn, die nicht nach § 107b BeamtVG zur Erstattung verpflichtet sind, werden den zahlungspflichtigen Dienstherrn und dem berechtigten Dienstherrn anteilig zugerechnet.
- Die Abfindung ist innerhalb von sechs Monaten nach Unterrichtung des zahlungspflichtigen Dienstherrn über den Eintritt des Versorgungsfalls durch den berechtigten Dienstherrn an diesen zu zahlen. Sie kann von jedem zahlungspflichtigen Dienstherrn vor Eintritt des Versorgungsfalls geleistet werden.
- Bei einem weiteren Dienstherrnwechsel nach dem 01.01.2011, für den eine Versorgungslastenteilung erfolgt, wird die Abfindung bereits mit diesem erneuten Wechsel fällig.
- Der Abfindungsbetrag ist vom 01.01.2011 bis zur Fälligkeit mit 4,5 % ohne Zinseszins zu verzinsen.

Die Voraussetzungen für das Bestehen eines Erstattungsanspruchs nach § 107b BeamtVG hängen vom Zeitpunkt des Wechsels ab:

Bis zum 24.12.1992 gab es keine Versorgungslastenteilung. In der Zeit vom 01.01.1994 bis 30.09.1995 galt § 107b BeamtVG nur für Versetzungen ins Beitrittsgebiet, bei denen die versetzte Person zum Zeitpunkt der Versetzung das 50. Lebensjahr bereits vollendet hatte.

Ab dem 01.10.1995 galt § 107b BeamtVG für Versetzungen zu Dienstherrn im gesamten Bundesgebiet, und das Mindestalter wurde auf das 45. Lebensjahr abgesenkt.

Ab dem 01.01.2002 wurde das Mindestalter abgeschafft und durch eine Mindestdienstzeit von fünf Jahren und die Voraussetzung einer bei Versetzung bereits erfolgten Ernennung auf Lebenszeit ersetzt. Bei der Mindestzeit wurden nur Zeiten beim abgebenden Dienstherrn nach Ablegung der Laufbahnprüfung oder Feststellung der Befähigung berücksichtigt.

Unabhängig vom Zeitpunkt des Wechsels war stets erforderlich, dass der Wechsel einvernehmlich erfolgte. Die Zustimmung des abgebenden und aufnehmenden Dienstherrn musste bereits zum Zeitpunkt des Wechsels vorliegen und konnte nicht nachträglich eingeholt werden.

Besonderheiten der Bewertung

1. Die von der FHH bereitgestellten Daten enthielten nur wenige der für eine Bewertung von Abfindungsverpflichtungen und -ansprüchen erforderlichen Angaben, so dass eine Ergänzung durch Schätzungen erforderlich war.
2. Für Abgänge der Jahre 2004 bis 2010 waren das Eintritts- und Austrittsdatum bei der FHH, der Austrittsgrund (Versetzung zu Bund, anderem Bundesland, Kommune oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn) und ein Schlüssel für die abgebende Behörde innerhalb der FHH verfügbar. Für die Jahre 2005 bis 2010 waren zusätzlich auch Laufbahngruppe und Besoldungsgruppe verfügbar.
3. Für Zugänge der Jahre 2004 bis 2010 waren das Eintrittsdatum bei der FHH, der Eintrittsgrund (Versetzung von Bund, anderem Bundesland, Kommune oder sonstigem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn), ein Schlüssel für die aufnehmende Behörde innerhalb der FHH sowie die Laufbahngruppe und Besoldungsgruppe bei Eintritt verfügbar.
4. Die Laufbahngruppen und Besoldungsgruppen der Abgänge des Jahres 2004 wurden unter Berücksichtigung der abgebenden Behörde aus den Abgängen des Jahres 2005 geschätzt.
5. Für die Abgänge der Jahre 2002 und 2003 wurde angenommen, dass diese hinsichtlich der Zeiträume, Behörden und Besoldungsgruppen dieselbe Struktur hatten wie die Zugänge des Jahres 2005.
6. Für Dienstherrnwechsel bis einschließlich 31.12.2001 war eine der Voraussetzungen für eine Versorgungslastenteilung die Vollendung des 45. bzw. 50. Lebensjahres. Daher ist davon auszugehen, dass alle Fälle, die bis zum 31.12.2001 versetzt wurden und grundsätzlich in den Anwendungsbereich von § 11 VLT-StV gefallen sind, zum 31.12.2024 bereits im Ruhestand waren, so dass für diesen Personenkreis keine offenen Abfindungsansprüche oder -verpflichtungen mehr zu bewerten sind.
7. Da sich die bekannten Abfindungszahlungen der Jahre 2020 bis 2024 keinen konkreten Personen zuordnen lassen, und für die Vorjahre noch nicht einmal die Zahlbeträge bekannt sind, wurden für die Abgänge der Jahre 2002 bis 2010 fiktive Personendaten zum Stichtag 01.01.2011 generiert. Dabei wurden nur Personen berücksichtigt, für die sich aus den vorliegenden Daten eine Dienstzeit von mindestens fünf Jahren ergibt, da ansonsten die Vor-

Freie und Hansestadt Hamburg
05.06.2025

Anlage 2/2

aussetzungen für eine Versorgungslastenteilung zum Zeitpunkt der Versetzung nicht erfüllt waren.

8. Bei Abgängen, die der Behörde für Schule und Berufsbildung zugeordnet waren, wurde davon ausgegangen, dass es sich um weibliche Lehrkräfte gehandelt hat.
9. Bei Abgängen, die der Feuerwehr, der Polizei oder den Justizvollzugsanstalten zugeordnet waren, wurde davon ausgegangen, dass es sich um männliche Vollzugsbeamte mit besonderer Altersgrenze gehandelt hat.
10. Bei den übrigen Abgängen wurde davon ausgegangen, dass diese zur Hälfte männlich und zur Hälfte weiblich waren.
11. Das Eintrittsalter der Abgänge wurde in Abhängigkeit von Behörde und Besoldungsgruppe geschätzt. Dabei wurden die Ergebnisse des Gutachtens vom 07.11.2017 zur Anpassung der Rechnungsgrundlagen für die Bewertung der unmittelbaren Pensions- und Beihilfeverpflichtungen der FHH zum mittleren Eintrittsalter berücksichtigt.
12. Aus dem geschätzten Eintrittsalter wurde ein fiktives Geburtsdatum abgeleitet.
13. Die für die Abfindung maßgeblichen Bezüge der Abgänge wurden geschätzt, indem zunächst ausgehend vom geschätzten Geburtsdatum die bei Austritt maßgebliche Dienstaltersstufe geschätzt wurde, und aus dieser dann die zum 01.01.2011 maßgebliche Überleitungsstufe in den zum 01.01.2011 bei der FHH maßgeblichen Besoldungstabellen. Zusätzlich wurden die allgemeine Zulage und der Familienzuschlag der Stufe 1 als ruhegehaltfähige Dienstbezüge berücksichtigt.
14. Der Abfindungssatz der Abgänge wurde auf Basis des geschätzten Alters bei Austritt ermittelt. Dabei wurden die Sonderregelungen für Professoren berücksichtigt, soweit eine Besoldungsgruppe der Besoldungsordnungen C oder W gemeldet wurde.
15. Der auf Basis der o.a. Schätzungen generierte fiktive Bestand der Abgänge zum 01.01.2011 wurde mit den für die Prognose maßgeblichen Rechnungsgrundlagen auf den 31.12.2029 fortgeschrieben. Durch diese Fortschreibung ergeben sich auch die erwarteten Rückstellungen für Abfindungsverpflichtungen zu den Stichtagen 31.12.2024 bis 31.12.2029.
16. Zur Plausibilisierung der Ergebnisse wurden die prognostizierten Anzahlen und Zahlungen für die Jahre 2020 bis 2024 mit den gemeldeten Ist-Werten verglichen.

Freie und Hansestadt Hamburg
05.06.2025

Anlage 2/3

17. Abfindungsansprüche für Zugänge können grundsätzlich nur für Personen bestehen, die zum 31.12.2024 noch im Bestand der aktiven Beamten sind, für die auch Pensionsrückstellungen bestehen. Eine Identifikation dieser Fälle war aber auf Basis der vorliegenden Angaben nicht möglich, da durch Beförderungen und interne Wechsel die Besoldungsgruppe und Behörde nicht mehr mit den aktuellen Angaben übereinstimmen müssen.
18. Um bei den Zugängen dennoch eine Anknüpfung an bekannte Aktivendaten erreichen zu können, wurde statt auf die Daten zum 31.12.2024 auf die ältesten verfügbaren Daten zum 31.12.2013 zurückgegriffen, und eine Zuordnung unter der Annahme vorgenommen, dass bis dahin kein interner Wechsel und auch keine Rückstufung erfolgt ist. Soweit unter diesen Prämissen keine eindeutige Zuordnung möglich war, wurden die bei Zugang ältesten Personen zugeordnet.
19. Soweit Zugänge als Anwärter gekennzeichnet waren, wurde davon ausgegangen dass kein Abfindungsanspruch besteht.
20. In den Fällen, in denen einem Zugang in den Daten zum 31.12.2013 kein passender Datensatz zugeordnet werden konnte, wurde von einem Abgang oder einer Pensionierung vor dem 31.12.2013 ausgegangen.
21. Das Eintrittsalter beim abgehenden Dienstherrn wurde für die Zugänge in Abhängigkeit von Behörde und Besoldungsgruppe zum 31.12.2013 geschätzt. Dabei wurden die Ergebnisse des Gutachtens vom 07.11.2017 zur Anpassung der Rechnungsgrundlagen für die Bewertung der unmittelbaren Pensions- und Beihilfeverpflichtungen der FHH zum mittleren Eintrittsalter berücksichtigt.
22. Soweit sich durch die Modellierung bei Zugängen eine Dienstzeit beim Vordienstherrn von weniger als fünf Jahren ergeben hat, wurde davon ausgegangen dass kein Abfindungsanspruch besteht.
23. Für die fehlenden Zugänge der Jahre 2002 und 2003 war die o.a. Modellierung nicht möglich. Daher wurden behelfsweise zum 31.12.2024 vorhandene Personen mit Eintritt in den Jahren 2002 und 2003 ausgewählt, für die sich aus den Daten zum 31.12.2024 eine Vordienstzeit von mindestens fünf Jahren ergeben hat.
24. Die für die Abfindung maßgeblichen Bezüge der Zugänge wurden geschätzt, indem zunächst die bei Eintritt maßgebliche Dienstaltersstufe geschätzt wurde, und aus dieser dann die zum 01.01.2011 maßgebliche Überleitungsstufe in den zum 01.01.2011 bei der FHH

Freie und Hansestadt Hamburg
05.06.2025

Anlage 2/4

maßgeblichen Besoldungstabellen. Zusätzlich wurden die allgemeine Zulage und der Familienzuschlag der Stufe 1 als ruhegehaltfähige Dienstbezüge berücksichtigt. Grundsätzlich wären für die Abfindung die Bezüge beim abgehenden Dienstherrn maßgeblich. Hierzu lagen aber keine Angaben vor, so dass auf die Besoldung bei der FHH zurückgegriffen werden musste.

25. Der Abfindungssatz wurde auf Basis des Alters bei Eintritt ermittelt. Dabei wurden die Sonderregelungen für Professoren berücksichtigt, soweit eine Besoldungsgruppe der Besoldungsordnungen C oder W gemeldet wurde.
26. Der auf Basis der o.a. Schätzungen generierte fiktive Bestand der Zugänge zum 31.12.2013 wurde mit den für die Prognose maßgeblichen Rechnungsgrundlagen auf den 31.12.2029 fortgeschrieben. Durch diese Fortschreibung ergeben sich auch die erwarteten Forderungen für Abfindungsansprüche zu den Stichtagen 31.12.2024 bis 31.12.2029.
27. Zur Plausibilisierung der Ergebnisse wurden die prognostizierten Anzahlen und Zahlungen für die Jahre 2020 bis 2024 mit den gemeldeten Ist-Werten verglichen. Dabei hat sich gezeigt, dass die prognostizierten Anzahlen und Beträge höher sind als die Ist-Werte. Da die Ist-Werte aber auch deutliche Abweichungen von den für die Bewertung der Pensionsverpflichtungen vom ZPD gemeldeten Anzahlen und Beträgen aufweisen, wurde auf eine weitergehende Klärung verzichtet.

Freie und Hansestadt Hamburg
Rückstellungs- und Prognosebewertung
für Verpflichtungen und Ansprüche aus Versorgungslastenteilung
für die Jahre 2024 bis 2029

Personenkreis: Beamte

--- modifizierte Rechnungsgrundlagen gemäß Gutachten vom 07.11.2017 ---

Jahr	Rechnungszins	Rückstellung bzw. Forderung zum 31.12.	
		Rückstellung für Abfindungsverpflichtungen (Schwebefälle gemäß § 11 Versorgungslasten- teilungs-Staatsvertrag) in Tsd. EUR	Forderung aus Abfindungsansprüchen (Schwebefälle gemäß § 11 Versorgungslasten- teilungs-Staatsvertrag) in Tsd. EUR
2024	6,00%	67.036	106.100
2025	6,00%	63.918	103.462
2026	6,00%	59.925	98.585
2027	6,00%	56.790	94.162
2028	6,00%	54.154	87.391
2029	6,00%	50.637	77.731